

aber erst eracht bat, das Parteien die Parteien politisch über alles stellen. Selbst aber die notwendigen Sicherungen des öffentlichen Lebens.

Aber allmählich wird sich nach unauabsehbaren bitteren Erfahrungen am eigenen Leibe das fühlbar, wie das deutsche Volk überhaupt doch fragen, ob ihm mit der endlosen Verfolgung eines von Hof und Ministerien ausgelösten Parteienkampfes ordnet ist. Die Antwort erscheint uns nicht zweifelhaft. So wenig wie der Ausgang des gegebenen und verordneten Diskussions, den es niemals aus dem Geiste heraus, nur dieser hineinleben kann. Die Hoffnung bleibt nur, wieviel Kraft und welche Vermögensstärke aus dem Kabinett noch heran werden sollen, bis diese Einsicht sich gefestigt macht und durchsetzt. Und weiterhin, die, das sich die Dinge herstellen lassen, die Parteien und anders und in ihrer ganzen Wirklichkeit mit Wohlwollen aufzunehmen und ihnen die Annahme zu sichern. (Weltall.)

Die Forderungen der Unabhängigen

Wolff Säckel der Saarabteilung meldet: Die Unabhängigen Sozialdemokratischen Landespartei Sachsen hat für ihren Einsatz in das Ministerium folgende Grundsätze aufgestellt: 1. Belebung des Belagerungsstaates und des Standesrechts; 2. Entlohnung der in Gewalt genommenen Personen; 3. Ausstellung der wegen politischer Vergleiche berührten und infizierten, Niederschlag aller Strafverfahren, die aus Anlaß des Belagerungsstaates eingefügt worden sind; 4. Vertretung der beiden Gruppen in der Belebung der Ministerstellen; 5. Entfernung aller Nachkriegsbesteuungen aus Sachsen, Errichtung einer Polizei- und den Rechten der klassenbewußten Arbeiterschaft; 7. Wirtschaftliche Regelung der Funktionen der Arbeiterväter als Organe der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Betriebsräte als Mittler der Wirtschaftsförderung der Provinzen und des Marktanbaus, Zusammenfassung der Arbeitgeber und Betriebsräte in einem Arbeitgeberkongress; 8. Wirtschaftliche Verstärkung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen, die sozialistisch besetzte und energetisch fortgeschritten werden muss, Überführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe der Industrie, Landwirtschaft, des Handels und Verkehrs in Staatsbesitz; 9. Vergleichung der Regierung, im Sinne dieser Grundsätze auf die Reichsregierung einzutragen. Eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien über diese Grundsätze, insbesondere über Punkt 1 und 2, ist befremdlich nicht anzusehen, so daß sie die Bildung eines gemeinsamen Ministeriums vorschlagen hat.

Deutsche Nationalversammlung

G. Weimar, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht) Präsident Scheidemann eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 30 Minuten.

Es werden zunächst verschiedene Anträge erledigt:

Abg. Dr. Neher (Deutsche Volkspart.): Bemängelt in einer Anfrage die gewisslose Ausführung der Erinnerungsmaßnahmen für die Nationalversammlung. Unter anderem der Deutschen Heiterkeit im ganzen Lande vorstehen der Abgeordnete Neher den Wortlaut der Anfrage. Ein Vertreter des Reichspostministeriums stellt dar, daß auf die alle deutschen Räume erweiterte Einschaltung an einem Wettbewerb über 4000 Gewerbe eingegangen seien. (Aufmerksame Aufmerksamkeit: Das auch in Herren bestehende Prädikat heißt als Adverbialbestimmung neum. Klümpfer alter Klümpfer erkennt. Als Kunsthändler klümpfer des Reichsgerichts gewesen. Langsam wurde darüber diskutiert.) Die beteiligten Klümpfer haben ausdrücklich verlangt, daß keinesfalls andere als die vorgeschlagenen Marken ausgeschlossen würden. Die Marken bleiben solange im Verlauf, bis neue Marken als Ertrag für die Germania-Zeitung veranlaßt werden können. Davon soll eine neue Abmachung erfolgen. (Klärung: Aber schnell! Große Heiterkeit.) Hierauf wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptpunkt.

Grundrechte und Grundprinzipien der Deutschen

Präsident Scheidemann: Es wäre erwünscht, wenn wir heute morgen die beiden ersten Abstimmungen dieses Teiles erledigen könnten. Dazu wird aber eine erhebliche Einschränkung der Redelust notwendig sein. Es kommen im zweiten Hauptpunkt Artikel vor, über die man tagelang debattieren könnte. Ich nenne nur die Frage der unehelichen Kinder und die Todesstrafe. Ich befürchte, daß neue Bedenken heute kaum mehr aufzutreten scheinen. (Sehr richtig und lebhafte Zustimmung.) Ich würde mich sehr freuen, wenn die Versammlung so entscheiden könnte, ein größeres Gewicht auf die Tat der Abstimmung als auf die Worte und Schonheit der Reden zu legen. (Lebhafter Weltall und Zustimmung.)

Artikel 107 besagt: Die Grundrechte und Grundprinzipien bilden Machtbasis und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Sozialpflege im Reich und in den Ländern.

Abg. Dr. Helmke (Dem.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Helmke enthalten gewiß manches Richtige. Die Zeit, wo es notwendig war, Grundrechte zu schaffen, ist vorüber. Die vorliegenden Grundrechte sind ein interstaatliches Programm mit allen Schwächen und Unzulänglichkeiten. (Sehr richtig!) In einem Augenblick, wo drastische Verhandlungen über die Herstellung des russischen Staatsverbandes und andere wichtige Fragen im Gang sind, dürfen wir hier ungünstig stehen und warten damit abzutringen, wie Zusammensetzung der Regierung der nächsten 20 Tage geregelt werden sollen, durch die Verfassung vorzubereiten. (Weltall bei den Demokraten.)

Reichskommissar Dr. Preuß: Es war begreiflich, daß die Grundrechte, wie sie der Einmarsch in weitgehender Selbstbeherrschung vorgeschlagen hatte, von vielen Seiten als ergänzungswertig und erneuerungswertig erkannt wurden, aber es wäre wünschenswert gewesen, dabei mit der Bezeichnung des Wertes vorsorge zu machen. Die Frage, wieweit die Grundrechte in das politische Recht eingreifen, insfern als sie selbst unmittelbare Gesetzeskraft haben sollen, wird durch den Art. 107 nicht entschieden. Der Art. 107 unter diesen Umständen nur Unklarheiten zu schaffen getötet, in wahrer Viertelstunde zu erwägen, ihn ganz zu reichen. (Sehr richtig!) Die

Nachregierung nimmt ebenfalls eine ablehnende Stellung gegenüber einer Erweiterung der Grundrechte ein. Das Beispiel der Frankfurter Pariser Kirche sollte uns warnen, die nicht zuletzt an dem Programm der Grundrechte zugrunde gegangen ist. (Weltall.) Wenn es daher nicht möglich sein sollte, sie über die Grundrechte zu verstehen, so müßte ich Ihnen ihr Interesse der hohen Aufgaben, die dieser Versammlung den Nomaden geschenkt haben, dringend anheimnehmen, den konstruktiven Teil des Entwurfs in dritter Sitzung zu verabschieden und die Grundrechte ausführlich zurückzuführen. (Weltall.)

Abg. Dr. Beyerle (Zent.): Ich möchte die Grundrechte in der Verfassung nicht wissen. Der konstruktive Teil der Verfassung reicht nicht aus. In der Verfassung müssen auch Bekennisse eines demokratischen Systems oder einem demokratischen Schema deutlich organisiert werden kann. Es fehlt auch einen Schritt in ein noch gebundener System, als es die Planwirtschaft gewesen wäre, unter den gegenwärtigen Umständen ab. Nach Auffassung der Blockade gilt man eine Ausreichung der Kriegsmahnmahmen auf wirtschaftlichem Gebiete nicht mehr für gerechtfertigt. Man wird also die Grenzen für die Einführung von und über alle Güterwaren ausschließen. Besonderer Wert soll auf die Einführung von Bedarfsgütern gelegt werden, die die Bedürfnisse der Widerstandsmilitärs, besonders an Legionsarmen, Seiden und zum Teil auch an Bergbauwaren bedienten. Das Kabinett will sich auf keine wirtschaftliche Form festlegen, die eine künftige Sozialisierung erschweren würde. Von einem Übergang zur sozialen Losung freien Wirtschaft ist demnach keine Rede, um so weniger, als auch daran gedacht wird, zur Erhaltung des Kredits einzelne Wirtschaftsgüter, deren personeller Kredit im Auslande nicht genügend ist, unter staatlicher Mitwirkung zusammenzufassen.

Das Haus beschließt amtragsgemäß.
Sitzung 12 Uhr 30 Minuten.

Nächste Sitzung: Sonnabend 9 Uhr vormittags: Beratung der Geschäftsförderung und der Prüfungskommission; erste und zweite Beratung des Gesetzes über die Ausrichtung der Militärdienstzeit; dritte Beratung des Reichsiedlungsgesetzes und kleine Vorlagen.

Ein neuer Konflikt

Von unserem G. Mitarbeiter

Weimar, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht)

Die geheime Sitzung der Nationalversammlung bot den Anlaß zu einer neuen Krise, die zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie einen Konflikt heraufbeschwor hat, wie er im ganzen Verlauf der bisherigen Verhandlungen über das Sozialkomitee und das Regierungsbüro noch nicht einzutreten zu und daher auf das erhöhte auch die heutige Regierung bedrohen könnte. Die beiden Fraktionen standen definitiv in eingehenden Verhandlungen über die Schulfragen, die im zweiten Hauptteil der Verfassung, den Grundrechten und Grundprinzipien, enthalten sind. Mit Hilfe der Abgeordneten Steuerfahrt wurde erstmals über die Einführung von und über alle Güterwaren festgestellt, daß sie auch wieder die billigeren Sorten vorstellen lassen. Die Regierungsvorlage hielt an den Vorschlägen des Entwurfs fest, insbesondere warnte der ländliche Vertreter, Ministerialdirektor v. Sichtari, davon, mit der Steuer für die teuren Sorten noch höher zu gehen als die Vorlage. Der Preisminister in seiner ersten Sitzung im Verlaufe der Aussprache, er mußte sich gegen jede Heraufänderung der Sätze erkläre, sei aber sehr für eine Erhöhung. Die Abstimmungen über eine Reihe von vorgelegten Abänderungsanträgen wurden bis zur nächsten Sitzung am Dienstag vormittag ausgetragen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 9 Uhr vormittags: Beratung der Geschäftsförderung und der Prüfungskommission; erste und zweite Beratung des Gesetzes über die Ausrichtung der Militärdienstzeit; dritte Beratung des Reichsiedlungsgesetzes und kleine Vorlagen.

Frage der Nachfolgerschaft ist noch immer nicht geklärt. Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten wegen eines neuen ausgelösten Konflikts dauern zur Stunde noch immer an, ohne daß ein Ergebnis bisher erzielt worden wäre.

Die Regierung und die Wirtschaftspolitik

G. Weimar, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht)

Unter den neuen Vorfällen des Kabinetts wegen der Wirtschaftspolitik wird mir in Weimar von informierter Seite aus Regierungskreisen erklärt: Das Kabinett steht auf dem Standpunkt, daß das Wirtschaftssystem nicht nach einem demokratischen Schema organisiert werden kann. Es fehlt auch einen Schritt in ein noch gebundenes System, als es die Planwirtschaft gewesen wäre, unter den gegenwärtigen Umständen ab. Nach Auffassung der Blockade gilt man eine Ausreichung der Kriegsmahnmahmen auf wirtschaftlichem Gebiete nicht mehr für gerechtfertigt. Man wird also die Grenzen für die Einführung von und über alle Güterwaren ausschließen. Besonderer Wert soll auf die Einführung von Bedarfsgütern gelegt werden, die die Bedürfnisse der Widerstandsmilitärs, besonders an Legionsarmen, Seiden und zum Teil auch an Bergbauwaren bedienten. Das Kabinett will sich auf keine wirtschaftliche Form festlegen, die eine künftige Sozialisierung erschweren würde. Von einem Übergang zur sozialen Losung freien Wirtschaft ist demnach keine Rede, um so weniger, als auch daran gedacht wird, zur Erhaltung des Kredits einzelne Wirtschaftsgüter, deren personeller Kredit im Auslande nicht genügend ist, unter staatlicher Mitwirkung zusammenzufassen.

Das Zigarettensteuergesetz

G. Weimar, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht)

Die nächste Sitzung der Nationalversammlung, d. h. die indirekt gewählten Abgeordneten sind, beschäftigte sich am Freitag mit den Belehrungen des Tabaksteuergesetzes, die sich aus die Zigarettensteuer ergeben. Die Frage des Monopols wurde wiederholt ausgeschlagen, weil sie nach dem Votum des Vorages spätestens grundlegend behoben werden soll. Ein Regierungsvorsteher erklärte den Inhalt des Entwurfs darin, daß die bisherige Steuerform der Zigarette beibehalten, die Steuerfahrt aber erhöht werden sollten. Von sozialdemokratischer Seite wurde eine Erhöhung eingetragen in der Vorlage vorgesehene Steuertasse gänzlich. Von dem Regierungsvorsteher wurde erwidert, daß die Steuer nicht auf die gegenwärtigen abnormalen Verhältnisse, sondern auf wieder zu erhoffende normale Verhältnisse in der Zukunft auszurichten sei. Mit Hilfe der Abgeordneten Steuerfahrt wurde erstmals über die Einführung von und über alle Güterwaren festgestellt, daß sie auch wieder die billigeren Sorten vorstellen lassen. Die Regierungsvorlage hielt an den Vorschlägen des Entwurfs fest, insbesondere warnte der ländliche Vertreter, Ministerialdirektor v. Sichtari, davon, mit der Steuer für die teuren Sorten noch höher zu gehen als die Vorlage. Der Preisminister in seiner ersten Sitzung im Verlaufe der Aussprache, er mußte sich gegen jede Heraufänderung der Sätze erkläre, sei aber sehr für eine Erhöhung. Die Abstimmungen über eine Reihe von vorgelegten Abänderungsanträgen wurden bis zur nächsten Sitzung am Dienstag vormittag ausgetragen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 9 Uhr vormittags: Beratung der Geschäftsförderung und der Prüfungskommission; erste und zweite Beratung des Gesetzes über die Ausrichtung der Militärdienstzeit; dritte Beratung des Reichsiedlungsgesetzes und kleine Vorlagen.

Richtlinien für unsre Politik

Berlin, 12. Juli. Graf Brodowski

Nachdem Schröder unter den Sichtwort "Gedanken zu Friedenssicherung" im Berliner Tagblatt folgendes: "Im der Sede, mit der ich am 7. Mai dieses Jahres den mir inhaltlich noch unbekannten Friedensentwurf unter Heide entgegengestellt, daß er im geheimen Verhandlungen über die Schulfragen, die im zweiten Hauptteil der Verfassung, den Grundrechten und Grundprinzipien, enthalten sind. Der starke Streitpunkt war Artikel 148, über den die Verhandlungen erst vor ganz kurzer Zeit zu einem Abschluß insofern führten, als ein Kompromiß zwischen dem Inhalt nahm vor dem Abschluß stand und nur noch der Billigung der sozialdemokratischen Fraktion bedurfte. Der neue Konflikt entstand dadurch, daß in der geheimen Sitzung der Nationalversammlung der Abg. Helmke (Deutsche Volkspart.) einen schweren Vorstoß gegen die Aufnahme von so außerordentlich umfangreichen Grundrechten in die Verfassung machte, die geeignet seien, sowohl juristisch als auch politisch Bedeutung erwerben zu wollen. Der Abgeordnete Helmke warf dem Kabinett vor, daß auf die alle deutschen Räume erweiterte Einschaltung an einem Wettbewerb über 4000 Gewerbe eingegangen seien. (Aufmerksame Aufmerksamkeit: Das auch in Herren bestehende Prädikat heißt als Adverbialbestimmung neum. Klümpfer alter Klümpfer erkennt. Als Kunsthändler klümpfer des Reichsgerichts gewesen. Langsam wurde darüber diskutiert.) Die beteiligten Klümpfer haben ausdrücklich verlangt, daß keinesfalls andere als die vorgeschlagenen Marken ausgeschlossen würden. Die Marken bleiben solange im Verlauf, bis neue Marken als Ertrag für die Germania-Zeitung veranlaßt werden können. Davon soll eine neue Abmachung erfolgen. (Klärung: Aber schnell! Große Heiterkeit.) Hierauf wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptpunkt.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Kabinett zu einer Konfliktsitzung zusammen.

Schließlich kam der Abgeordnete Helmke

mit dem Entwurf zurück, der erneut angenommen wurde.

Am Ende des Nachmittags trat daher das

Gärtische Volkskammer

57. Sitzung

Dresden, 11. Juli

Zu Beginn der Sitzung, die nachmittags 1 Uhr eröffnet wird, erhält das Wort zu einer Erklärung Justizminister Harrold: Am Mittwoch bei der Abgeordneten Tünger gezeigt, die Julia habe bei Bekämpfung des Kükens verletzt, an Angeln des Kriegswanderers trage sie sich nicht heran. Ich habe strenge Bestrafung solcher Mütter und Staatsschändlinge angefordert, die Strafverfolgungen nicht vorgenommen haben. Die Unabhängigkeit des Richter soll dadurch nicht, wie der Abg. Blüher gemeint hat, beeinträchtigt werden. Bis jetzt hat der Abg. Tünger kein Material, um das ich ihm geben sollte, noch nicht vorlegt. (Abg. Tünger: Das hat in allen Sitzungen gekündigt) Zeitungsberichtigungen sind kein Material für die Strafverfolgung. Das Kriegswanderer hat anerkannt, daß es von der Justiz untersucht worden ist, und die zahlreichen Gnadenanträge, um Mildung oder Erlass von Strafen, die wegen Widerstand oder politischer Vergehen verübt wurden sind, zeigen, daß gegen den Kükener sehr hart vorgegangen wird. Hierauf erledigt die Kammer in Schlussberatung das.

Uebergangsgesetz für das Volksschulwesen

Präsident Präsident: Die Ausdrucksweise über das Gesetz und die Zustimmung soll paragrafensweise vorzunehmen werden. Zu § 1 des Gesetzes der Vaterländischen Freiheit und Dr. Rieckmann den Antrag gestellt, als Erweiterung der allgemeinen Volksschule rechtliche Erleichterung zu unbedingter Pflichtverpflichtung im Dienste der Gemeinschaft, sondern im Dienste des deutschen Volksgemeinschaftsstaates zu bezeichnen.

In den in § 2 festgelegten Schulplan ist nach den Ausführungen der Berichterstatter die Bestimmung aufgenommen worden, daß Religionsunterricht in der allgemeinen Volksschule nicht mehr erteilt wird. Die Beibehaltung des jüdischen Religionsunterrichts bis zur reichsrechtlichen Regelung der Frage des Religionsunterrichts, die von der Regierung vorgeschlagen worden war, ist abgelehnt worden.

Abg. Rieckmann (Deutschland): Nach der Aussicht meines Partei bedeutet der Entwurf in seiner jetzigen Fassung eine Ueberklassifizierung, die aus der Freiheit Sprung macht. Das Gesetz bringt große Fortschritte und die Erfüllung von Forderungen, die wir jetzt unterstützen. Trotzdem können wir dem Gesetz nicht zustimmen, weil es durch die Stellung zum Religionsunterricht in das Reichsrecht eingreift. Die Regierung hat leider nicht den Einstieg auf ihre eigene Partei gehabt, denn sie haben müsse, wenn das parlamentarische System Sirien haben soll. Die Bestimmungen über die Schulaufsicht sind eine Verleugnung der Rechte des Direktors, durch die benachteiligt werden, obwohl der Kultusminister ihnen lebensförderliche Anstellung durch seine Unterstötzung anzubieten und die Revolutionsregierung am 16. November 1918 erklärt hat, daß geistliche Ansprüche der Beamten unverzüglich gewahrt bleiben sollen. Es fällt uns nicht leicht, gegen das Gesetz als Ganzes zu stimmen. Wir legen die Verantwortung ab, wenn durch das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt ein Spalt in die Kammer und das Volk getragen wird, den die Regierung hätte vermieden können.

Abg. Riedel (Deutschland): Meine Freunde erheben ebenfalls nachdrücklich Widerspruch gegen das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt. Es beweist, daß bei seiner Fassung ein religiös- und konfessioneller Fanatismus auftritt. Unsere Deputierten richten sich gegen die

überdrückliche Gewissensbedrängung.

Die in den Bestimmungen über Religionsunterricht, konfessionelle Schule und Privatschulen zum Ausdruck kommt. Wir werden über die Paragraphen, die sich sich anwenden, abgestimmt werden, obwohl der Kultusminister ihnen lebensförderliche Anstellung durch seine Unterstötzung anzubieten und die Revolutionsregierung am 16. November 1918 erklärt hat, daß geistliche Ansprüche der Beamten unverzüglich gewahrt bleiben sollen. Es fällt uns nicht leicht, gegen das Gesetz als Ganzes zu stimmen. Wir legen die Verantwortung ab, wenn durch das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt ein Spalt in die Kammer und das Volk getragen wird, den die Regierung hätte vermieden können.

Abg. Riedel (Deutschland): Meine Freunde erheben ebenfalls nachdrücklich Widerstand gegen das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt. Es beweist, daß bei seiner Fassung ein religiös- und konfessioneller Fanatismus auftritt. Unsere Deputierten richten sich gegen die

auf die Fragen bezüglich, sowie über das ganze Gesetz namentliche Abstimmung beantragen.

Abg. Müller-Denzig (Unabh.): Die beiden Vorredner haben politische Reden gehalten und nicht das Schulgesetz gesprochen. Durch den Entwurf wird das Reichsrecht nicht verletzt, da der Religionsunterricht diesen nicht einem Stande. Den Lehrern wird nach Annahme der Fassung des Kultusministers Hören und Sehen vergehen, wenn herauskommt, was damit angerichtet werden will.

Abg. Dr. Kaiser (Deutsche Volkspart.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Dietel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht verletzt.

Abg. Dr. Riedel (Dem.): Wenn heute politische Reden zum Schulgesetz gehalten werden sind, so liegt das daran, daß von der Sozialdemokratie das Schulgesetz zu einer politischen Auseinandersetzung gemacht worden ist. Das Gesetz in seiner jetzigen Form kann nicht mehr gänzlich, sondern nur politisch geprägt werden. Wir werden durch den Gegenentwurf nicht ver

